

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil: die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil: die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 224

Freitag, den 25. September 1931

Jahrgang 104

Die Beratungen über das Winterprogramm

Nächste Woche Fertigstellung des Notprogramms — Minister Curtius bleibt vorläufig

— Berlin, 25. Sept. Das Reichskabinett hat gestern die Beratungen über das Notprogramm für den kommenden Winter fortgesetzt. Die Besprechung zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister über die mit dem Verlauf der Genfer Tagung zusammenhängenden Fragen ist auf heute vormittag verschoben worden. Curtius' Bericht erstattung über die außenpolitische Lage innerhalb des Kabinetts dürfte erst nach der Abreise der französischen Minister, also frühestens am Dienstag, erfolgen.

Die Beratungen über die Probleme des Notprogramms sind, dem demokratischen Zeitungsdiens zufolge, soweit gesehen, daß die Schlussscheidung der Reichsregierung in einer großen Kabinettsitzung nach dem Besuch der französischen Gäste in der nächsten Woche stattfinden wird.

Notverordnung gegen überhöhte Gehälter?

Eine Berliner Korrespondenz berichtet: Im Reichsjustizministerium werde zur Zeit ein Entwurf ausgearbeitet, der den Privatgesellschaften die Möglichkeit geben soll, Angestelltenverträge, auch wenn sie über einen längeren Zeitraum oder lebenslanglich laufen, zu kündigen und neu festzusetzen, wenn die Gehaltsbezüge eine bestimmte, von der Reichsregierung festzusetzende Summe übersteigen. Innerhalb der Reichsregierung werde die Auffassung vertreten, daß nachdem die Gehälter der leitenden Kommunalbeamten auf dem Wege der Notverordnung gekürzt worden seien, auch an die überhöhten Gehälter der leitenden Angestellten herangegangen werden müsse. Die gleiche Korrespondenz berichtet, es werde voraussichtlich von dem Plan, die Krisenfürsorge und die Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge zu vereinigen, einstweilen Abstand genommen werden.

Dazu wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß in der Tat ein Referententwurf über eine etwaige Kürzung überhöhter Gehälter vorliege. Jedoch sei das Schicksal dieser Vorlage ebenso wie das Schicksal der Krisenfürsorge und Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge durchaus noch ungewiß, da man nicht wisse, wie sich das Reichskabinett zu diesen Projekten endgültig stellen werde.

Antwort an die Volkspartei.

Zu den Ausführungen Dr. Dingelbys in Hamburg schreibt das Organ des Reichstanzlers die „Germania“ u. a.: Die Ausführungen des Führers der Deutschen Volkspartei sind dazu angetan, erhebliche Verwunderung zu erregen, und zwar um so mehr, als der Regierung der Vor-

wurf gemacht wird, sie habe nichts getan. Wenn Dr. Dingelbey etwa auch die angelegten Maßnahmen der Reichsregierung in der Zukunft kritisieren sollte, dann dürfte die Meinung der Volkspartei sachlich nicht haltbar sein. Wenn wir aber die letzte Zeit im Auge haben, dann wird Herr Dingelbey uns darin nicht Unrecht geben, daß die Reichsregierung ihre kommenden Beschlässe für den Winter in keiner Weise überstürzen darf, sondern die Pflicht hat, diese ihre weitgehenden Maßnahmen unbedingt mit der notwendigen Sorgfalt zu überlegen. Wir dürfen Dingelbey versichern, daß es der Regierung durchaus nicht an dem entschlossenen Willen zur Führung mangelt, auf den das Volk Anspruch hat. Es freut uns nur, daß von dieser Seite her dieser Anspruch so deutlich unterstrichen wird. Wenn aber schon jetzt Maßnahmen im Hinblick auf die englische Krise verlangt werden, so dürfen wir darauf verweisen, daß die Regierung erst dann handeln kann, wenn sich solche Auswirkungen auf dem deutschen Markt zeigen.

Ganz unverständlich ist uns der Hinweis darauf, die Regierung habe sich durch besondere Rücksichten auf sozialdemokratische Wünsche leiten lassen. Die Bankenaufsicht war angeht die Vorgänge vom Juli eine sachliche Notwendigkeit und die Notverordnung über die Aktienreform und die Aufsichtsräte sollte doch im gesamten deutschen Volke den weitesten Wiederhall finden. Wir sind der Meinung, daß es sich bei allen diesen Fragen auch um eine Angelegenheit der Sauberkeit und der öffentlichen Moral handelt. Wenn Dingelbey die Ankündigung einer Verordnung über die Einsetzung außerordentlicher Gerichte gegen Terrorakte und Mißwirtschaft besonders nennt, um Beeinflussung zu wittern, so weisen wir darauf hin, daß noch neulich sogar die Nationalsozialisten von der Regierung ein entschiedenes Eingreifen gegen die sich immer mehr häufenden Terrorakte verlangt haben, und daß es aus sachlichen Gründen um den inneren deutschen Frieden und um die Hebung dieses schweren Winters allerhöchste Zeit ist, dem Terror und der Mißwirtschaft schärfsten Kampf anzufangen.

Spaltung innerhalb der SPD.

Wie das „Berliner Tageblatt“ zu berichten weiß, sollen die Reichstagsabgeordneten der Sozialdemokratischen Partei Seydewitz, Rosenfeld, Ströbel, Ziegler, Portune, Deckinghaus und Siemken beabsichtigen, eine neue „Sozialistische Arbeiterpartei“ zu begründen. Die Gründer rechnen damit, daß zwei Bezirke, Zwickau und Breslau, sich der neuen Partei geschlossen anschließen werden.

Frankreich gegen einen Rüstungsstillstand

Ein schwerer Schlag für den Abrüstungsgedanken — Italien macht neue Vorschläge

U. Geny, 25. Sept. Der Vertreter Frankreichs, Massigli, hat am Donnerstag den Standpunkt seiner Regierung zu dem italienischen Vorschlag auf sofortigen Abschluß eines Rüstungswaffenstillstandes bis zum Abschluß der Abrüstungskonferenz bekannt. Die französische Regierung lehnt diesen Vorschlag, wie allgemein erwartet wurde, rundweg ab. Sie fordert, die Verhandlungen über diesen Vorschlag auf die kommende Abrüstungskonferenz zu verschieben (1).

Der französische Vertreter Massigli schickte seiner Rede die Erklärung voraus, daß er hinter dem italienischen Vorschlag keine egoistischen Beweggründe suchen wolle. Die Nervosität der Welt, erklärte er, stamme nicht von den Rüstungen. Es gebe gegenwärtig „kein Wettrennen“. Er wandte sich dann gegen die Auffassung, daß eine Rüstungspause eine sofortige Erleichterung der Arbeitslosigkeit bringen würde, und kritisierte den italienischen Vorschlag als nicht praktisch. Die Rundgebung oder Entschleunigung, die man vorschläge, halte den status quo nur scheinbar aufrecht. Bezüglich der Landrüstungen sei die empfohlene Methode der Budgetfestlegung gleichfalls unwirksam, da es nicht auf die im Budget bewilligten Ausgaben, sondern auf die tatsächlich aufgewendeten Kosten ankomme. Ähnliche Bedenken machte der französische Vertreter für die Luftkräften geltend.

Die Rede Massigli ist in weitesten Kreisen des Abrüstungsausschusses als ein wichtiger Schlag gegen den gesamten Abrüstungsgedanken empfunden worden. Massigli spielte in seiner Rede auch auf den bekannten französischen Vorschlag eines politischen Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Frankreich an und rückte dabei den Gedanken der politischen Forderungen Frankreichs als Voraussetzung für die Abrüstung wieder in den Vordergrund. Die Rede Massigli muß daher als eine sehr ernste Belastung der kommenden Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz aufgefaßt werden, sie schafft nunmehr eine deutliche Klarheit darüber,

welche Politik Frankreich heute in der Abrüstungsfrage betreibt.

Der italienische Generalde Marinis stellte im Verlauf der weiteren Aussprache einen neuen italienischen Vorschlag zur Verhandlung, nach dem die Völkerbundversammlung einen feierlichen Appell an alle diejenigen Mächte richtet, die die Grundsätze der Gerechtigkeit und des Friedens durchzuführen bereit sind, um auf diese Weise eine öffentliche Meinung zu schaffen, die auf die Abrüstungskonferenz in der Richtung praktischer Ergebnisse einwirken könnte. Ferner sollen allen Regierungen folgende allgemeine Richtlinien eines Rüstungswaffenstillstandes durch den Rat übermittelt werden:

Jede Regierung verpflichtet sich, die bereits bewilligten Ausgaben für die Landrüstungen bis zum Abschluß des Waffenstillstandes nicht zu erhöhen. Ferner keine neuen Schiffsbauten vorzunehmen und den Bau neuer Militärflugzeuge einzustellen. Der Rüstungswaffenstillstand soll für die Dauer eines Jahres, beginnend vom 1. November 1931 abgeschlossen werden. Der Rat soll die Regierungen ersuchen, dem Generalsekretär des Völkerbundes bis zum 15. Oktober Mitteilung zu machen, ob sie entschlossen sind, den Rüstungswaffenstillstand auf Grund dieser Bedingungen anzunehmen.

Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, einen engeren Redaktionsausschuß einzusetzen, der entweder einen einheitlichen Beschluß oder einen Mehrheits- und Minderheitsbericht auszuarbeiten soll.

Die französisch-italienischen Flottenverhandlungen gescheitert?

Der Genfer Sonderberichterstatter des „Paris Midi“ glaubt feststellen zu können, daß die in letzter Zeit geführten französisch-italienischen Flottenverhandlungen vollkommen gescheitert seien.

Tages-Spiegel

Die Beratungen des Reichskabinetts über das Winterprogramm werden voraussichtlich nächste Woche abgeschlossen werden.

Außenminister Curtius wird erst nach dem Besuch der französischen Minister im Reichskabinett über den Verlauf der Genfer Tagung berichten. Erst dann wird die Entscheidung über sein weiteres Verbleiben im Amt entschieden.

Der Reichspräsident wird einem Wunsch der Gäste entsprechend Laval und Briand während ihres Berliner Besuchs empfangen.

Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien für eine Arbeitsgemeinschaft im Reichstag verlaufen bisher ergebnislos.

Der französische Vertreter lehnte im Abrüstungsausschuß des Völkerbundes den italienischen Antrag auf Rüstungsstillstand ab und schlug Vertagung der Frage bis zur Abrüstungskonferenz vor.

Spanien hat den Bismarzwang im Verkehr mit Deutschland, Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei von heute ab wieder eingeführt.

Hindenburg empfängt Laval und Briand

Der französische Ministerpräsident Laval und der französische Außenminister Briand haben den Wunsch ausgesprochen, anlässlich ihres Berliner Besuchs vom Reichspräsidenten von Hindenburg empfangen zu werden. Der Reichspräsident wird diesem Wunsche entsprechen, doch steht noch nicht fest, wann dieser Empfang stattfinden wird. In Aussicht genommen ist bisher der Montag kommender Woche.

Die Liste der von den Weltkriegsgegnern als Kriegsverbrecher bezeichneten Deutschen ist, wie aus Paris gemeldet wird, jetzt von Frankreich annulliert worden. Bekanntlich stand darauf auch der Name Hindenburgs.

Berkürzung der Arbeitszeit

Vom Reichsrat genehmigt

— Berlin, 25. Sept. Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag die Durchführungsbestimmungen zur Einschränkung der Arbeitszeit ohne wesentliche Änderungen mit Mehrheit. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß die Verhandlungen der Reichsregierung wegen Herabsetzung der Arbeitszeit in einigen Erwerbszweigen schon zu Erfolgen geführt hätten. Soweit im Wege der Vereinbarung eine Herabsetzung nicht zustande kommt, werde die Reichsregierung geneigt sein, in den Fällen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse es zulassen, von dem Recht Gebrauch zu machen, im Einzelfalle mit Zustimmung des Reichsrats die Arbeitszeit herabzusetzen.

Unbegründete Inflationsgerüchte.

Ämtlich wird aus Berlin mitgeteilt: Nach Zeitungsmeldungen stand die gefristete Berliner Produktionsbröcke im Zeichen einer außerordentlichen Nervosität, die hervorgerufen wurde durch Gerüchte über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer Inflation. Diese Gerüchte sind zweifellos nur lanciert worden, um den Markt stark zu beunruhigen, entbehren aber jeder Begründung. Frühere Erklärungen der Reichsregierung und der Reichsbank lassen klar und deutlich erkennen, daß die mit dem Schutze der deutschen Währung beauftragten Stellen unter keinen Umständen eine erneute Inflation zulassen werden.

England dankt für französische Kredite

U. London, 25. Sept. Auf eine Anfrage im Unterhause, wie der Schatzkanzler über die Verlethwilligkeit Frankreichs denke, England Geld zu leihen, erklärte Snowden, daß die englische Regierung den Wunsch der französischen Regierung, alles zu tun, um die englische Währung zu stützen, warm anerkenne. Die Umstände seien jedoch nicht so, daß es für die englische Regierung von Vorteil sei, weitere französische Kredite anzunehmen.

Die Lage im Fernen Osten

Die japanischen Operationen in der Mandchurei abgeschlossen
Der japanische Armeestab teilt mit, daß der Operationsplan in der Mandchurei durchgeführt sei. Es sei beabsichtigt, den Status quo aufrecht zu erhalten. Die diplomatischen Verhandlungen und die Benachrichtigung der Mächte werden dem Außenminister überlassen. Nach Charbin sind keine japanischen Truppen entsandt worden.

Die Winterhilfe ein Weg zur Volksgemeinschaft

„Der schwerste Winter seit hundert Jahren“ steht uns bevor. Wir sind in einen Strudel wirtschaftlicher Zusammenbrüche und Nöte hineingeraten, aus dem uns nur schnelles, zielstrebendes volksgemeinschaftliches Handeln herausreißen kann. Der vom Reichspräsidenten, der Reichsregierung sowie den maßgebenden deutschen Wohlfahrtsverbänden kürzlich gemeinsam veröffentlichte Aufruf zur Winterhilfe fordert das deutsche Volk in allen seinen Teilen zu tatkräftiger Hilfsbereitschaft und selbstlosem Opfermut auf, um die außerordentliche wirtschaftliche Notlage, die unser Vaterland besonders hart getroffen hat“ zu überwinden.

Mit diesem Aufruf ist endlich nach langer Zeit wieder ein Weg beschritten worden, der, wie in den ersten Jahren des Weltkrieges, unter dem Zwange äußerster Not das in jedem Deutschen schlummernde Gemeinschaftsgefühl wieder zu erwecken imstande ist. Wieder klopft die Not, die bitterste Not an die Türen von Millionen deutscher Volks- und Schicksalsgefährten. Jetzt gilt es zu zeigen, welcher wirtschaftlichen und sozialen Kraftleistungen das in seiner Lebenshaltung aufs schwerste bedrohte deutsche Volk allen widrigen Schicksalsgewalten zum Trotz noch fähig ist.

Die Veröffentlichung der sogenannten „großen Notverordnung“, die angeblich die Sanierung der innerdeutschen Verhältnisse für den kommenden Winter bringen soll, steht immer noch aus. Sie wird voraussichtlich am 22. oder 23. September erfolgen und soll nach einem Ausspruch des Reichsministers Treutmann „Positives und Negatives gemischt“ bringen, da gemäß der Ansicht der Reichsregierung dem deutschen Volk nicht mehr zugemutet werden kann, eine Fülle von Sparmaßnahmen über sich ergehen zu lassen, ohne daß gleichzeitig eine Entlastung zur sichtbaren Tatsache wird. Man kann jedenfalls schon heute sagen, daß unser geplagtes deutsches Volk diesem neuen „compositum mixtum“ mit sehr „gemischten Gefühlen“ entgegenblickt und sich zurzeit noch nicht recht vorstellen kann, in welcher Weise denn die geplante „Entlastung“ fühlbar werden soll. Dem Steuerzahler muß — ebenfalls nach Ansicht der Reichsregierung — wieder die Möglichkeit gegeben werden, Eigenkapital aufzuspeichern. Das klingt sehr verheißungsvoll, wird aber durch die Aussicht auf immer neue Steuerpläne völlig illusorisch! Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat auf der Handwerker-tagung in Neuenahr vielen jener deutschen Volksgefährten, von denen die Regierung künftig die Aufspeicherung von Eigenkapital erwartet, Vermutungen in den Becher ihrer Hoffnungslosigkeit mit der Erklärung gegossen, die Reichsregierung beabsichtige die Hauszinssteuer nicht völlig abzubauen, weil sie ihren Ertrag nicht ganz aus neuen Steuern (!) decken wolle. Wenn man dann noch erfährt, daß der Hausbesitz eine neue und zwar bringliche, amortisierbare Belastung in Form einer Grundrente erfahren soll, und daß weiterhin mit einer Erhöhung der Umsatzsteuer zu rechnen ist, so kann

man sich ungefähr eine Vorstellung davon machen, welche neuen Passivposten im Hauptbuch des geduldbigen deutschen Steuerzahlers durch die große Notverordnung zwangsläufig Aufnahme finden sollen. Nicht ohne Bedenken setzen wir ferner der Verwirklichung der geplanten Großstadtaufstellung von Arbeitslosen entgegen, will doch die Regierung mit diesem Siedlungswerk bereits im Oktober dieses Jahres beginnen. So verlockend der Gedanke an sich erscheint, 200 000 Erwerbslosen die Möglichkeit zu geben, sich am Rande der Großstädte in festen Wohnbauten anzusiedeln, dort ihren Kohl zu bauen, ihre Kartoffeln und Gemüse zu pflanzen, etwas Vieh zu halten, kurz, sich selbst zu versorgen, so schwierig wird sich die finanzielle und technische Durchführung dieses Planes zweifellos gestalten.

Mit anderen Worten: der Staat allein ist nicht mehr in der Lage, der wachsenden Not seiner Bürger zu steuern, und die Selbsthilfe des einzelnen und der Allgemeinheit wird damit zum unerläßlichen Gebot der Stunde! Selbsthilfe der Länder, Gemeinden, Körperschaften, Organisationen und Verbände. Wir stehen erst am Anfang dieser neuen Entwicklungsphase und können noch nicht beurteilen, ob von verantwortlicher Seite immer die rechten Wege eingeschlagen worden sind, um jede dieser Selbsthilfeaktionen im Einklang mit den Interessen der Volksgemeinschaft auszuführen. In dieser Hinsicht bildet gerade die in Aussicht genommene Winterhilfe einen wertvollen Prüfstein für die soziale Wirksamkeit öffentlicher und privater Körperschaften. Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang das auf sehr breiter Grundlage angelegte Winterhilfsprogramm der Stadt Köln, die sich zu diesem Zweck die Mitarbeit sämtlicher Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, der Frauenverbände, der Wirtschaft, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, der Stadtverordnetenfraktionen, der Beamtenorganisationen und des städtischen Arbeitsamtes gesichert hat. Das Programm gliedert sich in vier Teile: 1. Speisungen, 2. Sammlungen, 3. Vermittlung geistiger Anregung und Bereitstellung von Tages- und Unterfunktsräumen, 4. Beschäftigung der Erwerbslosen. Diese einzelnen Punkte sind im einzelnen mustergerähtig durchgearbeitet, bedürfen aber, um verwirklicht zu werden, der Initiative der gesamten Bürgererschaft dieser Stadt.

So bleibt denn zu hoffen, daß in Stadt und Land Millionen hilfsbereiter deutscher Hände sich kräftig regen werden, um das wachsende Heer der Erwerbslosen und Notleidenden durch den kommenden Winter zu bringen. Wir wollen helfen! Dieser feste Wille zur Hilfsbereitschaft muß wieder Gemeingut aller deutscher Männer und Frauen werden. Dann wird unser Volk auch diesen Winter mit seinen Gefahren und Schrecknissen wirtschaftlicher, politischer und sozialer Art überstehen.

Hugenberg über die Währung

U. Hamburg, 24. Sept. Auf einer Wahlkundgebung der Deutschnationalen Volkspartei in Hamburg sprach Dr. Hugenberg. Er knüpfte an seine großen Stettiner Reden an und führte u. a. aus, es habe den Anschein, als ob England eine schwere Niederlage erlitten habe. Man könne es sich aber auch so vorstellen: England stand vor der Wahl, ob es politisch gegenüber Frankreich die Segel streichen, oder den Goldländern mit der Abkehr vom Golde drohen sollte, um seine politische Zukunft zu sichern. England erlebe einen ähnlichen Wendepunkt, wie wir zur Zeit der Bankenkrise. Wir hätten ihn ungenützt vorübergehen lassen. England habe zugegriffen und sich zur Wehr gesetzt. Die Reichsregierung könne auf diesem Wege nicht folgen. Wenn sie es täte, würde die Mark ins Unendliche absinken. Den Schlag parieren, den uns die Krise des Pfundes verfehen wird — das vermöge nur eine Rechtsregierung. Hugenberg hob in seiner Rede mit Nachdruck hervor, daß weder Herr Brüning, noch irgend eine andere Regierungsstelle, noch auch

das Zentrum seit Ende 1928 der DNVP jemals eine Mitwirkung an der Regierung angeboten haben.

Süddeutschland und die Reichsreform

Konstanz, 24. Sept. Auf der Herbsttagung der Wirtschaftlichen Vereinigung der badischen Unternehmerverbände sprach der neugewählte Präsident des Bundes zur Erneuerung des Reiches, Reichsminister a. D. Dr. Gessler über das Problem der Reichsreform. Er führte u. a. aus: Die süddeutschen Staaten halten an ihrer Eigenstaatlichkeit fest, auch Sachsen, Thüringen und Hessen, was sich auch aus den Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Länder ergibt. Aber auch Thüringen und Sachsen drängen nach einer Neuregelung ihres Verhältnisses zum Reich, vor allem aus finanziellen Gründen. Die süddeutsche Stellung in der Frage der Reichsreform ist nicht einheitlich. Bayern hat die Beschlüsse des Verfassungsausschusses abgelehnt. Württemberg und Baden haben grundsätzlich zugestimmt. Der einzige Weg, in absehbarer Zeit in der Frage der

Boden des Verfassungsausschusses steht. Dazu ist aber notwendig die Herstellung einer süddeutschen Einheitsfront, wenigstens nach der Richtung hin, daß eine Sicherung der neuen Zuständigkeitsverteilung gegenüber dem „Gesetz der Zahlen“ erfolgt. Denn Süddeutschland ist zahlenmäßig in der Minderheit. Man darf nicht übersehen, daß, wenn auch die Arbeit an der Reichsreform stockt, die Dinge doch im Fluß bleiben. Man darf nicht vergessen, daß die Staatskrise im nächsten Frühjahr beginnt, wenn der Reichsfinanzminister nur noch die Hälfte oder noch weniger der heutigen Steuereinnahmen in die Reichskasse bekommt. Reichsreform voranzukommen, ist, daß man sich auf den

Für eine Weltwirtschaftskonferenz

Solingen, 24. Sept. In der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer erklärte Geheimrat Dr. Duisberg (Reverfenen) unter anderem, er sei der Überzeugung, daß die Ereignisse in England ein leichtes entscheidendes Warnungssignal für die Welt seien. Die schon längst geforderte Konferenz autorisierter Wirtschaftsjachverständiger aller Länder müsse endlich zur Wirklichkeit werden. Voraussetzung für das Gelingen einer Weltwirtschaftskonferenz sei die endgültige Vereinigung der politischen Atmosphäre, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich. Auch Frankreich werde sich als eine Insel in der Brandung der Weltwirtschaftskrise auf die Dauer nicht halten können. Nur durch die Auslandsverschuldung sei es möglich gewesen, die Staatsausgaben in einer Höhe von etwa 20 Milliarden aufzubringen. Stillhalten und Feiertag könnten aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß nur eine Selbsthilfeaktion größten Umfangs unsere wirtschaftliche Existenz auf die Dauer sicherstellen könne. Dazu müsse das deutsche Gesamtniveau auf das Deflationsniveau der Welt hinabgeschraubt werden. Denn nur so werde es möglich sein, unsere Verschuldung mit steigender Warenausfuhr abzudecken. Auch der Staat müsse sich freimachen von einer falschen Einschätzung der Tragfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Dies gelte sowohl bezüglich der Reparationszahlungen als auch der innerpolitischen Entscheidungen.

Amerikas Außenpolitik

Hoover-Plan und Abrüstung.

U. Boston, 24. Sept. Der amerikanische Unterstaatssekretär Castle hielt vor führenden Industriellen und Kaufleuten eine außenpolitische Rede, in der er u. a. ausführte: Von der Dreipression werde Amerika sich nur dann erholen, wenn es auch der übrigen Welt besser gehe. Deshalb habe Präsident Hoover seinen Plan eines Schuldensicherjahres vorgeschlagen. Zur Zeit lasse sich noch nicht übersehen, ob der Hoover-Plan die erwartete Besserung in vollem Umfang bringen werde. Aber als Präventivmaßnahme habe er sicher segensreich gewirkt und das deutsche Volk arbeite mit neuem Selbstvertrauen, um aus dem Sumpf herauszukommen. Deutschlands Zusammenbruch, der unmittelbar bevorstünde, würde nachteilige Folgen für jede Industrie, jeden Landwirt und jeden Arbeitnehmer in den Vereinigten Staaten gehabt haben. Hoover habe Amerika durch Erhaltung der europäischen Kaufkraft geborgen. Ein weiterer Schritt zur Besserung der Weltlage sei Hoovers Bestreben nach einer Begrenzung und Verminderung der Rüstungen. Die Welt wäre ebenso sicher, wenn alle Rüstungen um die Hälfte oder um drei Viertel gekürzt würden.

Lohnkürzungen in den Vereinigten Staaten. Infolge der schlechten Wirtschaftslage sind verschiedene große Firmen, so die U. S. Steel Corporation, die Bethlehem Steel und andere zu Lohnkürzungen übergegangen. Diese Maßnahme wird vom Präsidenten Hoover auf das schärfste mißbilligt. Ein erstes bedeutendes Unternehmen führte die Fünftagewoche bei einer Lohnkürzung von 11 Prozent ein. Von den Lohn- und Gehaltskürzungen werden insgesamt 400 000 Arbeiter und Angestellte betroffen.

Der Liebe ewig wehrend Lied

Roman von Erich Ebnstein.

39. Fortsetzung

Nachdruck verboten

Sibylle starrte noch immer stumm auf die Gräfin, deren Antlitz, jetzt nur vom bleichen Schein des Mondlichtes beleuchtet, gleichwohl in jedem Zuge deutlich erkennbar war.

Und als hätte es ihr jemand zugesprochen, so sicher wußte sie es: Sie ist gekommen, um die verstockten Forderungen von vorhin nun deutlicher zu wiederholen. Was wir beide bisher unter der Maske konventioneller Liebeshöflichkeit verbargen, das soll nun endlich in seiner wahren Gestalt zutage treten!

Und zugleich tauchten wie eine Vision Dulus tapfere Worte in Flammenschrift vor ihr auf: „Um einen Mann, den ich liebe, würde ich kämpfen wie eine Löwin!“

Sie richtete sich hoch auf. Ihr geisterhaft weißes Gesicht hatte plötzlich einen harten, entschlossenen Ausdruck.

„Nun, warum sehen Sie sich nicht?“ fragte Meta, auf die zweite Seitenbank deutend.

Aber Sibylle, deren Atem infolge der inneren Erregung rascher ging, blieb stehen und sagte kalt:

„Es lohnt sich wohl nicht für die wenigen Minuten. Denn wahrscheinlich sind Sie ja nicht wirklich gekommen, um mit mir gemächlich zu plaudern, sondern vielmehr, weil Sie mir etwas Bestimmtes sagen wollen.“

Die Gräfin unterdrückte ein Lächeln. Wie wenig sich die Kleine verstellen konnte! Was sie selbst mit ihrer gesellschaftlichen Gewandtheit ihr gleichsam spielend hatte beibringen wollen, darauf stürzte dieses unerfahrene Kind nun gleich blindlings los! Aber vielleicht war es sogar besser so. Man kam dann noch eher ins Reine. Dennoch sagte sie, den harmlosen Plauderton noch beibehaltend:

„Gott ja — ich wollte Ihnen verschiedenes sagen. Zum Beispiel, daß es mir leid tut, zu sehen, daß Sie sich heute

langweilen bei uns und daß Ihr Mann darüber verstimmt ist.“

„Hat er sich bei Ihnen beklagt?“
Der verächtliche Ton trieb nun auch Meta das Blut rascher durch die Adern.

„Beklagt wohl nicht,“ antwortete sie spöttisch. „Wir sprachen nur von seiner ersten Frau, die, wie Sie wissen, meine beste Freundin war und es in Gesellschaft verstand, immer die erste Rolle zu spielen. Natürlich kann ihm darum ein Mißerfolg seiner zweiten Frau umsoweniger gleichgültig sein. Er hat mich deshalb, daß ich mich künftig ein wenig um Sie annehme und Ihnen die Adresse meiner Schneiderin gebe. Sie müssen wirklich ein andermal besser ausgerüstet sein für derlei Gelegenheiten.“

„Hat mein Mann Sie beauftragt, mir dies zu sagen?“
„Nein. Von einem Auftrag kann natürlich keine Rede sein. Er bot mich als alte Freundin darum und meinte, es könne für Sie nichts Verleidendes darin liegen, wenn ich Sie ein wenig unter meine Fittiche nehme.“

Sibylles Hand suchte krampfhaft eine Stütze auf der Fensterbank. „Mein Mann hat dabei nur das verabsäumt,“ sagte sie mit bebender Stimme, „daß ich mir keine Freundschaft aufdrängen lasse, nach der ich kein Bedürfnis empfinde.“

„Sekundenlang blieb es stumm zwischen beiden Frauen. Meta war aufgesprungen. „Ah — das war deutlich!“
Stieß sie dann endlich heraus. „Sie wollen mich also durchaus zur Feindin?“

„Nicht durchaus. Sie selbst haben mir heute zuerst Feindschaft angeboten. Und dazu sage ich: Besser eine eheliche Feindschaft als eine falsche und unmögliche Freundschaft!“
„Und warum, wenn ich fragen darf?“

Ein langer Blick aus Sibylles Augen streifte sie. „Sollten Sie sich diese Frage nicht selbst beantworten können, Gräfin, wenn Sie an die verstockten Ratschläge denken, die Sie sich vorhin erlauben haben, mir zu geben? Halten Sie eine Freundschaft nur dem Namen nach denkbar zwischen mir und der, die mir das Los einer — Frau von Bennewitz bereiten möchte?“

„Ah — ich sehe, daß Sie mich doch verstanden haben! Aber, da wir nun einmal die Mästen fallen lassen und offen reden — Hand aufs Herz, Frau von Degenwart, müssen wir deshalb wirklich notwendig Feindinnen sein? Wäre es denn nicht auch Ihr eigenes Interesse, wieder frei zu sein?“

Sibylle starrte sie verständnislos an. Die Gräfin aber fuhr, alle Ueberlegung verlierend, leidenschaftlich fort: „Er liebt Sie nicht, und Ihr Herz hat gleichfalls nichts mit dieser übereilt geschlossenen Ehe zu tun. Wozu wollen Sie also ein Band gewalttätig aufrecht erhalten, das allen Beteiligten nur eine Fessel ist?“

„Sprechen Sie im Namen meines Mannes?“ fragte Sibylle mühsam.

„Wie können Sie ihn für so taktlos halten? Wie würde er das erste Wort sprechen und gälte es zehnmal sein ganzes Glück! Dieses Wort, das uns alle erlösen würde, kann nur aus Ihrem Munde kommen. Aber wenn Sie sich erst einmal klargemacht haben, daß in der Tat kein Glück von Ihnen abhängt, daß er unglücklich ist an Ihrer Seite, dann kann Ihnen die Wahl nicht schwer werden!“

Sie hatte sehr eindringlich gesprochen. Die ganze ungebildige Leidenschaft ihres Wesens, die endlich erzwingen wollte, was sie so lange schon vergebens anstrebte, loderte aus ihrem Munde.

In Sibylle aber wurde es plötzlich merkwürdig ruhig. Nein — diese Frau konnte sein wahres Glück nicht sein, konnte überhaupt keinem Manne Ruhe und Frieden geben! Wie ein schöner Dämon war sie, der wohl Leidenschaften wecken, niemals aber die reine Flamme einer hingebenden und selbstlosen Liebe in die Waagschale werfen konnte. „Seien Sie überzeugt,“ sagte sie, „daß ich keinen Augenblick zögern würde, zu gehen, wenn ich die Ueberzeugung hätte, daß in der Tat eine — andere ihm das Glück geben könnte, das er bei mir leider nicht finden kann. Aber Frauen vom Schlage einer Klaudius sind in ihrer Selbstsucht noch weit unfähiger dazu als ich. Und damit, glaube ich, ist dieses Thema zwischen uns erledigt.“

Württembergischer Landtag

Die neuen württembergischen Sparmaßnahmen

Ueber die Notverordnung, die die Regierung dem Finanzausschuß des Landtags am Mittwoch nachmittag vorgelegt hat, macht die „Schwäb. Tagwacht“ Mitteilungen, denen nachstehendes zu entnehmen ist:

Staatspräsident Dr. Volz wies darauf hin, daß eine Steigerung der Einnahmen aus politischen und sachlichen Gründen gegenwärtig nicht zweckmäßig sei. Der Sachaufwand des Staates sei bereits im ganzen um 20 Prozent gesenkt. So bleibe nur der Personalaufwand noch übrig, der zur Zeit 120 Millionen betrage. Wollte man den ganzen neuen Fehlbetrag durch Streichungen am Personalaufwand ausgleichen, so müßte eine Kürzung um volle zehn Prozent eintreten. Soweit wolle die Regierung zur Zeit nicht gehen, sie schlage vielmehr eine allgemeine Kürzung der Beamtengehälter um fünf Prozent vor unter Freilassung der Gehälter unter 1500 Mark pro Jahr und der Bezüge der Polizei. An weiteren Maßnahmen komme noch in Betracht die Unterbindung der Vorrückung auf zwei Jahre, die Nichtbezahlung freierstellender Beamtenstellen, die Aufhebung des Wohnungsgelds bei Inhabern von Dienstwohnungen, bei ledigen Beamten unter 45 Jahren die Kürzung des Wohnungsgelds auf die Hälfte und die stufenweise Beseitigung der Unterhaltungszuschüsse und Beihilfen für höhere und mittlere Beamte. Für die Gemeinden kämen in Württemberg einschneidende Maßnahmen von Landes wegen nicht in Betracht, es seien nur einige Besonderheiten bezüglich des Pensionsrechts der Gemeindebeamten zu beseitigen und eine gesetzliche Grundlage zur Ermöglichung der Wiederaufhebung der allgemeinen Vermittlungsfreiheit zu schaffen. Der Staatspräsident betonte, daß eine abschließende Entscheidung der Regierung noch nicht getroffen sei. Das Staatsministerium werde sich in einer Sitzung am Donnerstag mit allen diesen Fragen beschäftigen. Der Kultminister teilte mit, daß auch die Staatsleistungen an die Kirchen im Verhältnis der fünfprozentigen Gehaltskürzung reduziert werden.

Finanzminister Dr. Dehlinger gab noch weitere Auskünfte über den Stand der Finanzen. Durch die vorgeschlagene Gehaltskürzung würde das Defizit in der zweiten Hälfte des laufenden Haushaltsjahrs nur drei Millionen gesenkt. Wenn man selbst annehme, daß die weiteren Verwaltungsersparnisse, mit denen sich eine zweite Notverordnung beschaffigen soll, noch eine Ersparnis von zwei Millionen bringen, so bleibe immer noch ein Defizit von sieben Millionen. Man werde sich wahrscheinlich schon im November auf neue mit der Decksungsfrage befassen müssen. Bis dahin werde wohl auch das Reich zu neuen Maßnahmen genötigt sein. Da die Regierung gegen eine Aussetzung der Beratung auf zwei Tage keine Bedenken erhob, beschloß der Ausschuß, die Aussprache abzubrechen und am Freitag nachmittag fortzusetzen.

Mondfinsternis am 26. September

Von Professor Dr. P. Kirchberger.

Es ist recht schade, daß Mutter Sonne bei ihrem alljährlichen und der Mond bei seinem monatlichen Gang durch den Sternenhimmel nicht ganz feine, sarte Spuren ihres Weges hinterlassen. Wenn sie das täten, würden uns viele Vorgänge, die jetzt immerhin einiges Nachdenken erfordern, ganz leicht und selbstverständlich vorkommen. Wir würden z. B. deutlich sehen, daß der Mond immer an zwei Stellen die Sonnenbahn kreuzt. Diese beiden Schnittpunkte fallen augenblicklich fast genau mit dem Tag- und Nachtgleiche zusammen, und so erklärt es sich, daß beide Mondfinsternisse dieses Jahres zur Zeit der Tag- und Nachtgleiche vor sich gehen; die eine trat ein am zweiten April, die andere werden wir am 26. September erleben. Daß sie alle beide in die Abendstunden fallen, wo ihre Beobachtung keine Unbequemlichkeit verursacht, ist ein besonderer Glücksfall. Die bevorstehende Finsternis beginnt um 6 Uhr 54,2 Minuten und wird um 8 Uhr 5,5 Minuten vollständig; die Aufhellung fängt um 9 Uhr 30,5 Minuten an und ist um 10 Uhr 41,8 Minuten beendet. Die beiden Erscheinungen gehen stets vom linken Mondrand aus, bei Finsternissen in den Abendstunden unten links.

Mit diesem augenblicklichen Verlauf der Mondbahn hängt es auch zusammen, daß sich der Mond just am höchsten und tiefsten Punkt der Sonnenbahn am weitesten von ihr entfernt; so kurze Sommerwolllmonde und so lange Winterwolllmonde wie in diesem Jahre sind Ausnahmen. Wer am Heiligen Abend darauf achtet, kann beobachten, daß unser diesjähriger Weichnachtswolllmond fast eine Stunde vor Sonnenuntergang auf- und am Weichnachtsmorgen fast eine Stunde nach Sonnenanfang untergeht. Er scheint also noch wesentlich länger, als die Dauer der längsten Nacht beträgt.

Eine Mondfinsternis entsteht bekanntlich dadurch, daß der Erdschatten auf den Mond fällt. So haben wir alle es schon in der Schule gelernt und wohl auch schon Zeichnungen gesehen, die das erläutern. Wer aber jemals eine Mondfinsternis wirklich beobachtet hat, weiß, daß die Sache doch nicht so einfach sein kann. Es ist nämlich ein prächtiges und dabei abwechslungsreiches Farbenspiel, das der völlig verfinsterte Mond meist bietet und das wir auch hoffentlich jetzt wieder zu sehen bekommen. Das ganz verfinsterte Gestirn erstrahlt nämlich in wechselndem dunkelrotem Licht, jedoch viel heller, als man nach der Bezeichnung „vollständige Mondfinsternis“ annehmen sollte. Dies rührt von der irdischen Luft her, die wie eine Sammellinse wirkt und das Sonnenlicht auf den Mond leitet. Dabei läßt sie aber nicht alle Strahlen gleichmäßig durch, sondern die roten weit besser als die blauen, wie wir das bei der Abend- und Morgenröte ja auch sehen. Wenn die Sonne am Horizont steht, ist eben der Luftweg für die zu uns kommenden Strahlen am längsten, für die vom Tagesgestirn durch die ganze Atmosphäre zum Mond durchgebrungenen aber genau doppelt so lang.

Schade, daß wir uns nicht einmal mit Mondbewohnern über den Eindruck eines solchen Finsternis unterhalten können. Sie würden uns etwa erzählen, daß zwar die Sonne von der Erde vollständig verdeckt werde, dafür aber die Erde von einem ihnen ganz unerklärlichen, sonst nicht beobachteten hellleuchtenden rötlichen Strahlenkranz umgeben sei, der mitten am Tage alles in rotes Dämmerlicht tauche. Den Ausdruck „Dämmerlicht“ werden Mondbewohner allerdings nicht gebrauchen, denn eine Dämmerung gibt es dort, weil die Luft fehlt, überhaupt nicht. Sofort nach Untergang der Sonne ist es auf dem Monde genau so dunkel wie um Mitternacht. Ein Zwischenstadium zwischen hell und dunkel gibt es auf dem Monde, außer bei diesen Verfinsternissen, nur in einem Fall, nämlich

wenn die Erde am westlichen Rand der Erde ist, was den Durchmesser anlangt, fast viermal, was die Größe der Scheibe anlangt, etwa vierzehnfach so groß wie bei uns der Mond, an Helligkeit übertrifft sie ihn jedoch um etwa das Achtzigfache. Es scheint, daß bei Verfinsternissen der Strahlenkranz noch heller leuchtet als die Erde bei „Vollmond“. Aber die rote Farbe, welche die Rote unserer Morgen- und Abendsonne noch übertrifft, ist eine ganz besondere Eigentümlichkeit dieser Verfinsternisse auf dem Monde.

Aus Stadt und Land

Calw, den 25. September 1931.

Der erste Reif.

In den Tullagen fiel letzte Nacht der erste Reif dieses Jahres. In den höher gelegenen Bezirksorten, besonders auf dem Wald gehen bereits seit einiger Zeit Graupel- und Schneefahnen nieder und die Temperatur ist dort in den Nächten längst unter den Nullpunkt gefallen. Die Hochzonen des Schwarzwald liegen in winterlichem Weiß. Der Winter sendet heuer seine Vorboten zeitig!

Obstlegen — Obstnot!

In der Tagespresse häufen sich die Vorschläge zur möglichst zweckmäßigen Verwertung unserer reichen Obsternte. Im Vordergrund der Betrachtungen stehen dabei verständlicherweise die Gedanken, wie man dem drohenden Verderben großer Teile der Ernte vorbeugen und wie man den Obstlegern besonders den Erwerbslosen und Bedürftigen zuführen kann. Die Verarbeitung zu Süßmost, die Konfektierung und das Dörren des Obstes wird empfohlen und sicherlich wird mit uneigennütziger Hilfe mancher Kreise auch etwas auf diesen Gebieten geleistet werden können und auch geleistet. Eine Frage, die als Kernpunkt dieses Ernteproblems angesehen werden muß, kommt jedoch bei der allgemeinen Sorge um das Obst viel zu kurz. Es ist die Frage nach dem Schicksal und dem Ergehen des Obstzüegers. Vielfach wird kurzerhand vorausgesetzt, daß das Fallobst von Mitgliedern hilfsbereiter Organisationen gesammelt werden könne, ohne daß der Erzeuger eine Entschädigung erhalten soll. Selbstverständlich will und wird sich auch der Bauer trotz seiner Notlage einem Opfer für die Erwerbslosen nicht verschließen. Es ist aber ein Übel, zu erwarten, daß auch hier wieder der Bauer und Obstzüchter das Hauptopfer tragen könnte. Schließlich ist der Obstbau mit all seinen nicht unerheblichen Unkosten genau so der Notwendigkeit einer Rentabilität unterworfen, wie jede andere wirtschaftliche Unternehmung und was volkswirtschaftlich gesehen, noch wichtiger ist: von dem Ernteerlös des Erzeugers hängt zu großen Teilen die Erzeugung in der Zukunft ab! Wenn der Obstbauer heuer wiederum um seinen Lohn kommen sollte, dann ist beispielsweise die mit jedem Jahre erhöhte Kosten verursachende Schädlingsbekämpfung sehr in Frage gestellt. Die Auswirkung einer solchen erzwungenen Unterlassung auf die Obsterträge der kommenden Jahre müßte eine schwere Schädigung auch der Volksgesundheit mit sich bringen. Ganz abgesehen davon, daß die Gesamt-Ernährungsbede des deutschen Volkes heute mit jeder Schwächung auch nur eines Erzeugungszweigs der einheimischen Landwirtschaft weiter zusammenschumpft. Aus diesen Überlegungen heraus ist zu wünschen, daß bei den Maßnahmen zur Verwertung des reichen Obstertrags auch etwas dazu getan wird, daß für den Bauer der Segen sich nicht zu neuer Sorge und Not wandelt.

Filmvorführung in Bad Liebenzell

„Die Somme“, ein erschütternder Film von der gewaltigen Schlacht des Weltkrieges, wird am kommenden Sonntag in zwei Veranstaltungen des Krieger- und Militärvereins im Stadt. Kurzaal zu Bad Liebenzell vorgeführt. Das Filmwerk ist geschaffen, um das Heldentum des deutschen Soldaten und das Andenken der Gefallenen zu ehren. Die Veranstaltungen verdienen die ihnen gebührende Beachtung. (Näheres im Anzeigenteil.)

*

ECB. Freudenstadt, 24. Sept. Am Mittwoch nachmittag herrschte hier geraume Zeit ein regelrechtes Schneetreiben, das auch in Freudenstadt für den 23. September eine ganz große Seltenheit ist. Der Kälteeinbruch zeichnete sich durch eine außerordentliche Schärfe aus. Bis auf 800 Meter herab erscheint der ganze Schwarzwald im Wintergewande. Man muß lange zurückgehen, um zur herbstlichen Tag- und Nachtgleiche ein solches Winterbild gesamt zu haben. Der Nebelstein trägt bis zu 5 Zentimeter Schnee. Auf der Hornsgrinde ist der Schnee noch höher. Der Feldberg und alle umliegenden etwa gleichhohen Bergzüge haben heuer die merkwürdige Erscheinung aufzuweisen, daß sie in einem Jahre nur knapp drei Monate schneefrei blieben.

ECB. Stuttgart, 24. Sept. Das Vermögen der Stadt Stuttgart beträgt brutto 317 061 150 M. Davon gehen ab die Verbindlichkeiten und Rücklagen in Höhe von 142 251 252 Mark, so daß sich ein reines Vermögen von 174 809 898 M ergibt (3,24 Millionen mehr wie im Vorjahr). Zu Lasten der Anleihenwirtschaft wurden verausgabt 51 722 477 M.

ECB. Stuttgart, 24. Sept. Vor dem Schwurgericht Stuttgart hatte sich der 37 Jahre alte Magazinredakteur A. Alker von Ditzheim wegen Totschlags zu verantworten. Einem Versuch der Eheleute A., gemeinsam durch Gasvergiftung zu sterben, war das 14jährige Töchterchen zum Opfer gefallen, während die Eltern gerettet wurden. Das Gericht verurteilte A. in Berücksichtigung seiner damaligen verzweifelten Lage zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

ECB. Heilbronn, 24. Sept. Wie anderwärts, so erfordert auch hier die kommende wirtschaftliche Winternot eine großzügige private Unterstützungsaktion für die Hilfsbedürftigen. Es soll eine große Geld-, Sachen- und Naturaliensammlung eingeleitet, öffentliche Speisungen organisiert und Wärmehallen eingerichtet werden. Sämtliche Frauenvereine und konfessionellen Wohlfahrtsvereine, der A.D.V., der A.F.A., der D.G.B. und der Gewerkschaftsring arbeiten gemeinschaftlich für dieses Hilfswerk.

ECB. Dethringen, 24. Sept. Der Aufsichtsrat der Hohenlohebank A.-G. erläßt folgende Erklärung: Die Heilbronner Treuhändergesellschaft hat nunmehr einen vorläufigen Status der Hohenlohebank A.-G. fertiggestellt. Das Ergebnis ist leider sehr ungünstig. Das Aktientkapital einschließlich der

Reserven ist verloren; auch übersteigen die Passiven die Aktiven, so daß die Gläubiger mit dem Verlust eines Teils ihrer Forderungen rechnen müssen. Es ist deshalb geboten, ein Vergleichsverfahren zu beantragen. Andernfalls wäre ein Konkursverfahren unvermeidlich.

Turnen und Sport

Handball-Vorkamp

Die Calwer Handballer, welche in der A-Klasse des Unteren Schwarzwald-Nagold-Gaues mit 8 Punkten führen, empfangen am Sonntag die 1. Mannschaft des T.B. Altensteig zu dem für Calw in der Vorrunde letzten Pflichtspiel. Altensteig stellt eine kampferfahrene flinke Mannschaft ins Feld, die einen sehr guten Handball spielt und in den bisher ausgetragenen zwei Pflichtspielen drei Punkte holen konnte. Ueber den Ausgang läßt sich noch nichts sagen. Auf jeden Fall müssen die Einheimischen, um sich vor Überraschungen zu schützen, alle Register ihres Könnens ziehen und auf ein produktives Stellungs- und Flügelspiel ihr Hauptaugenmerk richten.

Calw 2 und Altensteig 2 stehen sich in einem Freundschaftsspiel gegenüber. Diesem Treffen ist insofern besondere Bedeutung beizumessen, als Altensteig in der B-Klassenrunde zu den führenden Mannschaften zählt. Die Jugend gibt sich ein Stellbühnen mit der als spielstark bekannten Schülermannschaft der Realschule. Die Handballfreunde werden die Gelegenheit, den interessanten Spielen beizuwohnen, gerne wahrnehmen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

EC. Berliner Produktenbörse vom 24. Sept.

Weizen märk. 216—219; Futterweizen 194—199; Sommerweizen 221—223; Roggen märk. 189—191; Futter- und Industrieernte 149—156; Hafer märk. 137—144; Weizenmehl 26,75—32,50; Roggenmehl 26,25—29; Weizenkleie 10,50—10,75; Roggenkleie 9,25—9,50; Viktoriaerbsen 20—27; Leinkuchen 13,40—13,60; Trodenjühnel 6,30—6,40; Sojabrot 12; Speisefartoffeln, weiße 1,20—1,30; do. rote 1,30—1,40; Ddenwälder blaue 1,30—1,40; Rieren 1,40—1,60; andere, gelbl. 1,40—1,60; Fabrikartoffeln in Pfennig 5—6. Allgemeine Tendenz: fest.

Stuttgarter Großmarkt

Kartoffelgroßmarkt auf dem Leonhardsplatz: Zufuhr 250 Zentner, Preis 3,20—4 M. — Mostobstmarkt auf dem Wilhelmplatz: Zufuhr 1000 Zentner, Preis 1,50—1,70 M je für 1 Zentner.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt

Dem Donnerstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 7 Ochsen (unverkauft 7), 1 Bulle, 91 (51) Jungbullen, 29 (9) Kühe, 165 (146) Rinder, 215 Kälber, 729 Schweine.

Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

| | 24. 9. | 22. 9. | | 24. 9. | 22. 9. |
|--------------------|--------|--------|------------------------------------|--------|--------|
| | Pfg. | Pfg. | | Pfg. | Pfg. |
| Ochsen: | | | Kühe: | | |
| ausgemästet | — | 39—43 | fleischig | — | 16—18 |
| vollfleischig | — | 34—38 | gering genährte | — | 12—15 |
| fleischig | — | 30—32 | | | |
| Bullen: | | | Kälber: | | |
| ausgemästet | 27—28 | 27—29 | feinste Mast- und beste Saugkälber | 42—45 | 42—46 |
| vollfleischig | 24—25 | 24—26 | mittl. Mast- und gute Saugkälber | 35—40 | 35—41 |
| fleischig | 22—23 | 22—24 | geringe Kälber | 30—34 | 30—34 |
| Saugrinder: | | | Schweine: | | |
| ausgemästet | 41—45 | 42—46 | über 300 Pfd. | 58—59 | 60 |
| vollfleischig | 35—40 | 35—40 | 240—300 Pfd. | 57—58 | 59—60 |
| fleischig | 30—33 | 30—34 | 200—240 Pfd. | 54—57 | 56—58 |
| gering genährte | — | — | 180—200 Pfd. | 52—54 | 53—55 |
| | | | 120—160 Pfd. | 49—51 | 50—52 |
| Kühe: | | | unter 120 Pfd. | 38—51 | 42—50 |
| ausgemästet | — | 26—31 | Sauen | — | — |
| vollfleischig | — | 20—25 | | | |

Marktverlauf: Großvieh lustlos, Ueberstand, Kälber ruhig, Schweine langsam, Fettschweine gesucht.

Kirchliche Nachrichten

Evang. Gottesdienste

17. Sonntag nach dem Dreieinigkeitsfest, 27. Sept. 1931
Turmlied 15: Sollt ich meinem Gott nicht singen. 1. Weisse.
8 Uhr Jugendgottesdienst. Herrmann. (Jugendchor: 23. Psalm von Schütz.)

9.30 Uhr Hauptgottesdienst. Herrmann. Anfangslied 53: Lobet den Herren.

10.45 Uhr Kinderkirche im Vereinshaus.

11.00 Uhr Christenlehre, Töchter, 2. Bezirk. Herrmann.

Donnerstag, 1. Oktober.

8 Uhr Bibelstunde im Vereinshaus. Herrmann. Römer 2, 12—29. Wertlose Frömmigkeit.

Kath. Gottesdienst

Sonntag, 27. Sept.

8 Uhr Frühmesse mit Homilie.

9.30 Uhr Predigt, Amt und Christenlehre.

13.30 Uhr Andacht.

Montag 8 Uhr Gottesdienst in Bad Liebenzell.

Beichtgelegenheit: Samstag 4—5 Uhr und Sonntag früh ab 7 Uhr.

Gottesdienste der Methodistengemeinde

Sonntag, den 27. Sept. 1931.

Calw:

Sonntag 9.30 Uhr vorm.: Predigt. (Inspektor Palm, Pilger-ruhe-Schwarzenberg.)

Sonntag 11 Uhr vorm.: Sonntagschule.

Sonntag 7.30 Uhr abends: Altensfest (Inspr. Palm).

Mittwoch 8.25 Uhr abends: Bibel- und Gebetsstunde.

Stammheim:

Sonntag 9.30 Uhr vorm.: Predigt (Schneider).

Sonntag 1.30 Uhr nachm.: Altensfest. (Inspr. Palm, Schwarzenberg.)

Mittwoch 8.30 Uhr abends: Bibel- und Gebetsstunde.

Dertollbach:

Sonntag 9.30 Uhr vorm.: Predigt.

Sonntag 2.30 Uhr nachm.: Altensfest (Fritsch).

Dienstag 8.30 Uhr abends: Bibel- und Gebetsstunde.

